

Der „Marshallplan mit Afrika“

Ausweg aus dem Entwicklungsdilemma?

von JOHANNES VARWICK

Durch einen „Marshall-Plan mit Afrika“ soll die deutsche Entwicklungspolitik neu ausgerichtet und der krisengeschüttelte Kontinent stabilisiert werden. Der Plan enthält einige gute neue Ideen. Ob damit die ambitionierten Ziele erreicht werden können, ist aber umstritten.



Wahlen in Sierra Leone. Der „Marshallplan“ tritt für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und politischer Teilhabe ein.

Afrika wird vielfach als Krisenkontinent wahrgenommen, der durch politische Instabilität, Unsicherheit, korrupte Eliten, humanitäre Katastrophen, Unterernährung, Perspektivlosigkeit und Chaos gekennzeichnet ist. So ist der afrikanische Kontinent in den vergangenen Jahren nicht nur unter dem Schlagwort ‚Fluchursachenbekämpfung‘ in mehrfacher Hinsicht in den Fokus der internationalen Politik gerückt. Die im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) adressieren insbesondere Afrika. Der Kontinent war Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft, und 2017 wurde zum Afrikajahr der Europäischen Union ausgerufen. Zudem beansprucht keine andere Region die Institutionen und Mechanismen der internationalen Friedenssicherung mehr als Afrika – in neun afrikanischen Staaten bemühen sich die Vereinten Nationen um Friedenssicherung, dort dienen rund vier von fünf UN-Blauhelmen und auch der Großteil der Militärmissionen der EU findet in Afrika (u. a. Mali, Somalia) statt. Afrika wäre in der Lage, sich selbst zu ernähren, gibt allerdings jährlich 35 Milliarden Dollar für den Import von Lebensmitteln aus – und zugleich hungern südlich der Sahara mehr als 230 Millionen Menschen.

Blockaden und Möglichkeiten der Entwicklung

Von den 54 Staaten Afrikas sind nach Systematik des *Fragile States Index* 2017 mit Südsudan, Sudan, der Zentralafrikanischen Republik Kongo, Somalia, Zimbabwe, Äthiopien, Tschad, Nigeria und Guinea zehn Staaten nahezu vollständig zerfallen und werden mit der allerhöchsten Alarmstufe versehen. Dieser Index kombiniert sowohl strukturelle Faktoren (u. a. Bevölkerungsdruck, Armutsraten, Ungleichheit) als auch politische Kriterien (u. a. Legitimität des Staates, Regierungsführung, Rolle der Sicherheitskräfte) mit dem Ziel, Fragilität zu identifizieren und damit systematische

Ansatzpunkte für Konfliktprävention zu schaffen. In der Kategorie ‚Alarmstufe‘ befindet sich eine Reihe weiterer afrikanischer Staaten wie Mauretanien, Mali, Liberia, Elfenbeinküste, Nigeria, Libyen, Kamerun, Angola, Uganda und Kenia. Auch beim *Human Development Index* der Vereinten Nationen, der u. a. Pro-Kopf-Einkommen,

Das schlechte Image Afrikas passt nicht zu einigen dynamischen Entwicklungszahlen

Lebenserwartung und Ausbildungsstand bewertet, belegen afrikanische Staaten die unteren Plätze.

Afrika ist der Kontinent mit dem höchsten Bevölkerungswachstum. Voraussichtlich wird sich die Bevölkerung Afrikas von heute rund 1,2 Milliarden Menschen bis 2050 verdoppeln, schon heute liegt das Durchschnittsalter bei nur 18 Jahren. Allein das erforderliche Maß an Wirtschaftswachstum, um der wachsenden Bevölkerung eine Perspektive zu bieten – von dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch gar nicht zu reden – wird erhebliche Anstrengungen und neue Ansätze erfordern.

Zugleich hat es in den vergangenen Jahren bei der Wirtschaftsentwicklung in Afrika durchaus Fortschritte gegeben. Ob dabei allerdings klassische westliche Entwicklungshilfe eine große Rolle gespielt hat, ist in der Wissenschaft umstritten (Dreher/Langlotz 2017), auch und gerade in innerafrikanischen Debatten (Moyo 2010).

Die Wachstumsraten Afrikas liegen inzwischen im Durchschnitt über denen Europas. Ein erheblicher Reichtum an Ressourcen bietet ebenso Chancen wie eine junge Bevölkerung, die zudem im Schnitt deutlich besser ausgebildet ist als eine Generation zuvor. Die Nettokapitalzuflüsse nach Subsahara-Afrika haben sich seit 2000 mehr als verdreifacht, insbesondere in stabilen Ländern mit guter Regierungsführung. Das schlechte Image, das dem Kontinent in Sachen Wirtschaft und politischer Stabilität anhaftet, passt insofern nicht durchgängig zu einigen dynamischen Entwicklungszahlen. Unter den 54 Ländern gibt es dabei allerdings sehr starke Unterschiede. Während etwa in Algerien, Benin, Botswana, Ghana, Marokko, Mauritius, Namibia, Senegal, Südafrika, Togo und Tunesien teilweise erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, sieht die Lage in Staaten wie Kongo, Südsudan, Sudan, Eritrea oder Mali trostlos aus. Andererseits ist die 2002 gegründete Afrikanische Union zunehmend in der Lage, die wirtschaft-





© picture alliance/dpa-Zentralbild

Eigeninitiative: Selbsthilfeprojekt in einem Township in Windhoek, in dem Frauen zu Näherinnen ausgebildet werden

liche und politische Integration, Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung sowie Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung in Afrika zu fördern – jedenfalls sind die Bemühungen unübersehbar, nicht zuletzt mit der 2015 unterzeichneten so genannten ‚Agenda 2063‘, die eine vergleichsweise klare Strategie und zahlreiche Einzelmaßnahmen enthält.

Der „Marshallplan mit Afrika“

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Anfang 2017 einen viel diskutierten „Marshallplan mit Afrika“ vorgestellt (siehe Kasten). Ob und inwieweit die Analogie mit dem ur-

Zehn Thesen des BMZ für einen „Marshallplan mit Afrika“

1. **Wir brauchen jetzt einen neuen Zukunftsvertrag mit Afrika** – Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf dann 20 Prozent der Weltbevölkerung verdoppeln. Die Sicherstellung der Ernährung, der Zugang zu Energie, Ressourcenschutz und Arbeitsplätze für Hunderte von Millionen junger Afrikaner sind gewaltige Herausforderungen, aber auch Chancen. Gerade die europäischen Staaten können mit Wissen, Innovation, moderner Technik und direkter Teilhabe zur Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen beitragen.
2. **Afrika braucht afrikanische Lösungen** – Die Staaten Afrikas haben mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) und der neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ermutigende Zeichen für einen Neuanfang gesetzt. Mit der Agenda 2063 der AU beschreiben Reformpolitiker den eigenen Weg Afrikas. Deutschland und Europa müssen die afrikanischen Staaten beim Wort nehmen und die Zusammenarbeit in einer neuen Dimension und Qualität gestalten. Die jahrzehntelange Geber-Nehmer-Mentalität gilt es abzulösen – durch eine partnerschaftliche und wirtschaftliche Kooperation, die auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung setzt. Afrika ist dabei Europas Partner – nicht nur in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, sondern auch in zentralen Fragen der Gestaltung einer zukünftigen Handels-, Finanz-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik.
3. **Vorfahrt für Jobs und Chancen für die Jugend** – Afrikas Jugend muss eine Zukunft in Afrika haben. Das Durchschnittsalter auf dem Kontinent beträgt 18 Jahre. Bald werden mehr als zwei Milliarden Menschen dort leben. Dafür werden jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs benötigt – in Städten und in ländlichen Gebieten. Die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist die zentrale Herausforderung. Afrikas Jugend braucht zugleich einen Austausch mit Europa. Europa braucht ein Konzept, das legale Wege der Migration ermöglicht und irreguläre Migration und Schleusertum bekämpft.
4. **Investitionen für unternehmerische Entfaltung** – Jobs schafft auf Dauer und im erforderlichen Umfang nicht der Staat, sondern die private Wirtschaft. Deshalb braucht Afrika weniger Subventionen und mehr private Investitionen. Dafür müssen förderliche Rahmenbedingungen vor Ort, aber auch neue Instrumente zur Mobilisierung und Sicherung von Investitionen geschaffen werden. Ergänzt werden sie durch Vorschläge für Steueranreize für Unternehmen, neue Anlageformen wie beispielsweise Afrikafonds und Infrastrukturanleihen.
5. **Wertschöpfung statt Ausbeutung** – Afrika muss mehr sein als der Kontinent der Rohstoffe. Motor des Marshallplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa muss dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse unterstützen.
6. **Politische Rahmenbedingungen fördern und fordern** – Rechtsstaatlichkeit, politische Teilhabe von Männern und Frauen sowie eine effiziente Verwaltung frei von Korruption sind Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Nicht nur die Eliten eines Landes sollen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, sondern alle. Dies gilt es zu fördern und täglich einzufordern.

7. **Reformpartnerschaften statt Gießkannenprinzip** – Mit der Agenda 2063 haben sich die Mitglieder der Afrikanischen Union zu konkreten Reformen bekannt. Wir nehmen Afrika beim Wort und werden die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft besonders mit den Partnern intensivieren, die diese Reformen für gute Regierungsführung, den Schutz der Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung umsetzen.
8. **Ein gerechter globaler Ordnungsrahmen** – Reformen in Afrika müssen durch Reformen in Europa und auf globaler Ebene ergänzt werden: Dazu zählen insbesondere ein gerechter Handel, der Kampf gegen illegale Finanzströme und der Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete. Neue Formen der politischen Kooperation erfordern auch eine Stärkung der Zusammenarbeit europäischer und afrikanischer Institutionen: ein ständiger Sitz der afrikanischen Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie eine Aufwertung in allen internationalen Organisationen und Verhandlungen wie zum Beispiel bei der Welthandelsorganisation (WTO).
9. **Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) alleine sind nicht die Lösung** – Mit öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit ist sehr viel erreicht worden. Für die Bewältigung von Herausforderungen einer neuen Dimension reicht dies nicht aus. Stattdessen sollen diese Mittel zukünftig stärker Anreize und Förderer privater Investitionen sein. Die afrikanischen Staaten müssen darüber hinaus deutlich mehr Eigenmittel – zum Beispiel ein höheres Steueraufkommen – mobilisieren.
10. **Wir lassen niemanden zurück** – Deutschland steht zu seiner Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Marshallplan behält die Grundbedürfnisse der Menschen im Blick: Ernährungssicherung, Wasser, Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Bildung – insbesondere für Frauen und Mädchen. Die Chancen und Herausforderungen der Verstädterung müssen ebenso berücksichtigt werden wie das Heben der Potentiale der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft.

Quelle: BMZ 2017, 5-6

sprünglichen Marshallplan (der in den Jahren 1948-1952 Mittel von damals etwa 13 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau Westeuropas mobilisierte) hilfreich ist, sei hier beiseitegelassen. Es lohnt sich aber unabhängig davon ein genauerer Blick auf den BMZ-Plan. Mit dessen Hilfe soll ein „prosperierendes und friedliches Afrika“ entstehen, „dessen Entwicklung alle einbezieht und von den Potentialen der eigenen Bevölkerung vorangetrieben wird“ (BMZ 2017, 4). „In der Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Wir müssen weg von Geber- und Nehmerländern, hin zu einer gemeinsamen, internationalen Strategie und einem abgestimmten

Vorgehen kommen. Wir müssen nicht alles anders, aber vieles besser, schneller und konsequenter machen.“ (BMZ 2017, 13)

Dezidiert sollen also neue Wege in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegangen werden; Afrika wird in dem 33-seitigen Papier als „Kontinent der Chancen“ bezeichnet. In dem Konzept wird erstens die Rolle der Wirtschaft für den Entwicklungsprozess Afrikas betont und die Bedeutung von Investitionen, Bildung, Einbindung in Wertschöpfungsketten, Schaffung eines Mittelstandes und Abbau von Handelsbarrieren seitens der Industrieländer hervorgehoben. Zweitens soll Entwicklungshilfe künftig auf diejenigen Länder konzentriert werden, die bereits



© dpa



© dpa

Bundesminister Gerd Müller (CSU), und der stellvertretende AU-Kommissionsvorsitzende Kwesi Quartey am 4.4.2017 in Addis Abeba bei einem Austausch zum Marshallplan

gute Regierungsführung (good governance) aufweisen bzw. sich nachweisbar darum bemühen. So soll mit den Staaten intensiver zusammengearbeitet werden, die reformorientiert sind und dies „vor allem durch Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und politische Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger unter Beweis stellen“ (BMZ 2017, 13). Entwicklungshilfe soll entsprechend nicht länger nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Drittens zieht sich durch das Papier der Gedanke, dass es zur afrikanischen Entwicklung afrikanischer Lösungen bedarf – dies kommt bereits im Titel durch die Formulierung „mit“ (und nicht etwa „für“) Afrika zum Ausdruck. Konkret wird das Dokument von drei Säulen (1. Wirtschaft, Handel und Beschäftigung, 2. Frieden, Sicherheit und Stabilität und 3. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte) mit mehr als 100 Reformideen getragen. In allen Bereichen wird zunächst eine Bestandsaufnahme vorgenommen und dann konkret gefragt, was in Afrika sowie in Deutschland bzw. international passieren müsse, um Fortschritte zu erreichen. So ist etwa die Rede



Präsidentschaftswahlen in Uganda

davon, dass schädliche Exporte nach Afrika gestoppt werden müssten. Zudem sei eine Entwicklungsfinanzierung in neuer Dimension erforderlich. So flossen 2015 weltweit über 50 Milliarden Euro an staatlicher Entwicklungsfinanzierung (ODA) nach Afrika, allerdings sprechen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen von einem jährlichen Bedarf an mehr als 600 Milliarden Dollar. Angesichts dieser Diskrepanz wird ein Dreiklang aus Mobilisierung von eigenen Finanzmitteln in den afrikanischen Staaten, stärkeren privaten Investitionen und Mobilisierung privaten Kapitals sowie höheren ODA-Mitteln zur Hebelung privater Investitionen gefordert. Abschließend werden dann in vier Themenfeldern (1. Ernährung und Landwirtschaft, 2. Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, 3. Energie und Infrastruktur, 4. Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung) zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Entwicklungspolitische Einordnung

Es kann sicher als ein Verdienst des „Marshallplans“ gelten, dass die Afrika-Politik an Bedeutung und Sichtbarkeit gewonnen hat und um neue und bessere Ansätze in der Entwicklungspolitik intensiv gerungen wird. Das entwicklungspolitische Plädoyer für mehr Fairness wird sich aber konkret

in der westlichen Handelspolitik niederschlagen müssen, und hier ist es fraglich, ob mit den gerade neu verhandelten Europäischen Partnerschaftsabkommen (der dafür zuständigen EU) eine Liberalisierung in beiderseitigem – d. h. auch im afrikanischen – Interesse liegt (siehe auch den Beitrag von Franziska Müller in diesem Heft). Der Wettbewerbsdruck für afrikanische Bauern durch subventionierte Importe aus den europäischen Ländern (etwa im Bereich der Geflügel- oder Milchwirtschaft) droht jedenfalls weiterhin entwicklungspolitische Erfolge zu überlagern. Zudem wird kritisiert, der Plan sei „eher ein entwicklungspolitisches Potpourri als ein Plan im engeren Sinne“ (Freytag/Fricke 2017, 5). Ein „wirklich neuer entwicklungspolitischer Ansatz ist es nicht“, lautet eine weitere Kritik (Prüfer 2017, 54).

Wie eine grundlegend neue, bessere Entwicklungspolitik aussehen könnte, ist jedoch zugleich nicht recht in Sicht (siehe auch den Beitrag von Karin Fischer in diesem Heft). Das inzwischen sehr robuste entwicklungspolitische Agieren Chinas – das letztlich an den eigenen Interessen orientiert ist und sich weder um umwelt-

.....
*Das Plädoyer für
 mehr Fairness wird
 sich in der west-
 lichen Handels-
 politik niederschla-
 gen müssen*

noch um menschenrechtliche Standards kümmert, kann wohl kaum als Richtschnur gelten. Interessanter sind dabei schon Initiativen aus der entwicklungspolitischen Community selbst, die die Entwicklungspolitik seit langem radikal kritisiert. Als zwei Beispiele seien nur der so genannte Bonner Aufruf ‚Eine andere Entwicklungspolitik‘ und das ‚Kölner Memorandum für eine andere Entwicklungspolitik‘ genannt.

Der Bonner Aufruf wurde bereits im Jahr 2008 veröffentlicht und stellt fest, dass die Ergebnisse von 50 Jahren Entwicklungspolitik weit hinter den Erwartungen geblieben seien. Es sei trotz einiger Erfolge im Bereich der humanitären Hilfe nicht gelungen, Afrika zu einem selbsttragenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu verhelfen. Zugleich habe das System der Entwicklungshilfe vielen Regierenden in Afrika ermöglicht, Reformen zu unterlassen und sich selber zu bereichern. Als Hauptgründe dieses Versagens werden erstens die Annahme, der Norden könne Afrika entwickeln, sowie zweitens die falsche Gleichung ‚mehr Geld gleich mehr Entwicklung‘ gesehen. Mit alledem werde Eigeninitiative gelähmt und Korruption befördert. Als Ausweg sieht der ‚Bonner Aufruf‘ eine klarere Durchsetzung von Verantwortlichkeiten, die Neuorientierung der Zusammenarbeit weg von staatlichen Partnern hin zu gesellschaftlichen Gruppen sowie die Fokussierung auf Grund- und Berufsbildung, Kleinkredite und arbeitsintensive sowie beschäftigungswirksame Infrastrukturmaßnahmen.

Das aus diesem Umfeld 2016 hervorgegangene ‚Kölner Memorandum‘ grenzt sich nun direkt von den jüngsten BMZ-Konzepten ab. Insgesamt habe die Entwicklungshilfe bisher keine grundlegende und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Subsahara-Afrikas in Gang gesetzt. Vielmehr habe sich die Abhängigkeit der Empfängerländer verstärkt und das Entstehen wirtschaftlicher Eigendynamik verhindert. Trotz privilegierter Handelsbedingungen gebe es auf dem Weltmarkt kaum produzierte Güter aus Afrika südlich der Sahara. Die Entwicklungshilfe sei zu einer Maschinerie geworden, die immer mehr ihrer Selbsterhaltung diene. Eine massive Aufstockung der staatlichen Entwicklungshilfe werde nach aller Erfahrung keine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den afrikanischen Ländern bewirken, vielmehr sei zu erwarten, dass große Teile der zusätzlichen Mittel

in falsche Kanäle flößen. Staatliche Souveränität werde als Lizenz zum Betrügen und zur Unterdrückung missverstanden. Afrika brauche hingegen einheimische und ausländische Unternehmer, die Produktionsbetriebe in Afrika errichteten. Diese seien umfassend zu fördern, da die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas nicht ohne Industrialisierung möglich sei. Eine bedarfsorientierte praktische berufliche Bildung sei die Basis für wirtschaftliche Entwicklung, und Entwicklungshilfe sei an zuverlässige Organisationen vor Ort zu leisten, um die afrikanische Eigeninitiative zu fördern.

Perspektiven

Selbstverständlich gibt es auch in der entwicklungspolitischen Community Stimmen, die dem BMZ-Ansatz nicht so kritisch gegenüberstehen. So fordert ‚Brot für die Welt‘ mehr Sachlichkeit bei der Kritik. Eine grundsätzliche Ablehnung trage nicht dazu bei. Alleine mehr Geld reiche zwar nicht, aber es brauche dennoch mehr Geld für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung. Der Bonner Aufruf vermische berechtigte Kritik mit pauschalen und falschen Schlussfolgerungen. Auch die Welthungerhilfe begrüßt, dass in dem Papier Herausforderungen wie fehlende politische Teilhabe, Steuerflucht, aber auch Handelshindernisse, die durch Europa erzeugt werden, offen beschrieben werden. Das Papier sei geprägt von einem „ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit“.

Andererseits kann es angesichts der Ausgangslage ganz offenkundig keinen noch so gut gemeinten oder gar gut gemachten Masterplan geben, mit dem ein gordischer Knoten einfach zu zerschlagen wäre. „Selbst wenn es gelingt, eine kohärente europäische Afrikapolitik zu betreiben, eine effektive Entwicklungspolitik ins Werk zu setzen und gar Abschied von der Politik der Agrarsubventionen zu nehmen, wird der Entwicklungsunterschied zwischen Europa und Afrika auf Jahrzehnte hinweg so manifest sein,



© dpa

Der Plan will förderliche Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft schaffen. Zentrum von Kapstadt

dass die Pull-Faktoren der Migration große Anziehungskraft behalten werden.“ (Mair 2004, 4) Dass dieser Befund bereits in einer Studie aus dem Jahr 2004 geäußert wurde, zeigt, dass auch von dem aktuellen „Marshallplan mit Afrika“ keine Wunder zu erwarten sind. Gefragt sind also weiterhin konkrete Ideen und Ansätze zur Verbesserung der Wirkungsmöglichkeiten von Entwicklungszusammenarbeit. Die neue Bundesregierung wird viel zu tun haben.

LITERATUR

Bonner Aufruf ‚Eine andere Entwicklungspolitik‘; <http://www.bonner-aufruf.eu/>.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2017: Afrika und Europa. Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika. Berlin.

Deutsche Welthungerhilfe 2017: Marshallplan mit Afrika geht in die richtige Richtung; <http://www.presseportal.de/pm/6596/3538156>.

Dreher, Axel/Langlotz, Sarah 2017: Budgethilfe und Ownership – ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik. In: ifo Schnelldienst 4, S. 11–14.

Freytag, Andreas/Fricke, Susanne 2017: Gezielte Bekämpfung der Fluchtursachen statt entwick-

lungspolitischer Potpourris. In: ifo Schnelldienst 4, S. 5–8.

Kölner Memorandum ‚Plädoyer für eine entgiftete Entwicklungspolitik‘; <http://www.bonner-aufruf.eu/pdf/Memorandum.pdf>.

Mair, Stefan 2004: Flüchtlinge aus Afrika. Hilft ein Marshall-Plan? SWP Aktuell 33, Berlin.

Moyo, Dambisa 2010: Dead Aid: Why aid is not working and how there is another way for Africa. London.

Prüfer, Uwe 2017: Forum Marshallplan mit Afrika. In: WeltTrends (8), S. 54–57.

Rudolph, Alexandra/Holzappel, Sarah 2017: Marshallplan mit Afrika. Wirksamkeit der Entwicklungspolitik weiterdenken. Bonn.



Prof. Dr. Johannes Varwick ist Professor für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitherausgeber von „Politikum“.